



Trumps Energiepolitik: eine Gefahr für den Klimaschutz in Lateinamerika?

Christian Hübner

Die beabsichtigte „Entfesselung“ der Öl- und Gasbranche in den USA soll nach Ansicht des neuen US-Präsidenten Donald Trump vor allem über die Deregulierung bestehender Umwelt- und Klimaauflagen ausgelöst werden. Inwieweit sich diese innenpolitischen Maßnahmen außenpolitisch widerspiegeln, ist jedoch noch offen. Der ebenfalls im Wahlkampf angekündigte Austritt der USA aus dem Klimaabkommen von Paris gestaltet sich zumindest schwierig. Jüngst wird sogar nur noch von einer Nachverhandlung gesprochen. Dessen ungeachtet ist jedoch damit zu rechnen, dass die USA ihre internationalen Klimaverpflichtungen verringern werden. Lateinamerika, das auf eine enge energie- und klimapolitische Zusammenarbeit mit den USA zurückblicken kann, befürchtet deshalb unruhige Zeiten.

Energieabhängigkeit sieht anders aus

Im US-Wahlkampf nahm die Energieaußenpolitik selbst keine vordergründige Rolle ein. Das ist nicht verwunderlich, denn die einzige Energieressource, die die USA heute noch zwingend importieren müssen, ist Öl. Und selbst diese Abhängigkeit ist in den vergangenen Jahren aufgrund der Erschließung heimischen Schieferöls stark gesunken. Die seit den 1950er Jahren zu beobachtende Energieabhängigkeit konnte dadurch sukzessive verringert werden. Der US-Nettoimport von Öl lag 2015 nur noch bei 24 Prozent.¹ Mit der Aufhebung ihres Ölexportverbotes hat die USA jüngst sogar begonnen, Öl zu exportieren. Aber auch die politischen Instabilitäten im Nahen Osten führten zu einer veränderten Prioritätensetzung bei den Importstrukturen. So sind die heutigen Hauptölversorger für die USA mit Kanada (ca. 40 Prozent), Venezuela (ca. neun Prozent), Mexiko (ca. acht Prozent) und Kolumbien (ca. vier Prozent) auf dem amerikanischen Kontinent zu finden.² Lediglich elf Prozent stammten aus Saudi-Arabien.

Die „Schieferrevolution“ in den USA brachte auch den globalen Gasmarkt gehörig durcheinander. Die großen Abbaugelände unter anderem in Texas und Pennsylvania versetzten die

USA dadurch in die Lage, zum Gasexporteur aufzusteigen. Heute gehen ca. 40 Prozent der US-Gasexporte über Pipelines nach Kanada und 60 Prozent nach Mexiko. Da der Gasmarkt in Nordamerika als gut integriert gilt, sind es heute auch vor allem Marktkräfte, die Import- und Exportbeziehungen bestimmen. So ist Kanada gleichzeitig der größte Gasexporteur für die USA. Die Verflüssigung des Gases (*Liquefied Natural Gas*, LNG) ermöglicht es zudem, den Gashandel weitestgehend unabhängig von komplexer geopolitischer Pipelinediplomatie durchzuführen. Der größte Anteil der Gasimporte wird aber weiterhin über nordamerikanische Pipelines bezogen, wobei der Anteil der US-LNG-Im- und -Exporte mit Zielen in Asien und Europa zunimmt.

Für Lateinamerika gingen sowohl mit der gewachsenen Energieunabhängigkeit als auch mit der zunehmenden Energieexportfähigkeit der USA starke Veränderungen einher. Mexiko, als unmittelbarer Nachbar der USA, war hier von vermutlich am stärksten betroffen. In der Folge kam es wider Erwarten aber nicht zu ökonomischen Verwerfungen, sondern zu einer vertiefenden energiepolitischen Integration zwischen Mexiko und den USA. Die vor kurzem beschlossene Energiereform in Mexiko, die das bis dato geltende monopolistische

Energieregime aufgebrochen hat, hat nicht nur erhebliche US-Investitionen in nahezu alle Bereiche des mexikanischen Energiesektors ausgelöst. Sie verfolgt auch das strategische Ziel einer Senkung klimaschädlicher Treibhausgase, wie CO₂. Die US-Gasexporte sollen dabei eine wichtige Rolle im mexikanischen Energiemix einnehmen. Zudem ist Lateinamerika von den US-Erdölraffinerien, die Diesel, Benzin oder Heizöl produzieren, mangels eigener Kapazitäten in besonderer Weise abhängig. Die USA exportieren heute mehr Raffinerieprodukte nach Mexiko als sie Öl importieren. Nichtsdestotrotz ist der US-Ölmarkt nach wie vor eine wichtige Einkommensquelle für den Ölexport durch lateinamerikanische Staaten, wie Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Ecuador. Allein Mexiko exportiert weit über die Hälfte seines Rohöls in die USA.

In der Annahme, dass der „ökonomische Nationalismus“ (*economic nationalism*) der neuen US-Regierung auch auf die bestehenden außenpolitischen Energieversorgungsstrukturen angewendet werden soll, kann davon ausgegangen werden, dass es zu keinen plötzlichen Verwerfungen für Lateinamerika kommen wird.³ Die in den vergangenen Jahren stark verringerte Energieabhängigkeit der USA führt schon heute zu einer relativ ausbalancierten Energiehandelsbilanz.⁴ Eine einseitig politisch motivierte Verringerung des Grades der energiepolitischen Integration zwischen den USA und Mexiko, beispielsweise in Form einer Energieimportsteuer, wäre für beide Seiten ökonomisch äußerst schmerzhaft und ist deshalb wohl nicht zu erwarten.

Neuer Wettbewerb auf dem Kontinent

Innerhalb des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (*North American Free Trade Agreement*, NAFTA) mit Mexiko, Kanada und den USA, das neuverhandelt werden soll, ist davon auszugehen, dass sich der Energiehandel nicht zuletzt aufgrund der Potenziale des LNG-Transports und eines damit verbundenen steigenden Gasexports unter verschärften Wettbewerbsbedingungen integriert. Mexiko könnte dabei gegenüber Kanada sogar langfristig im Vorteil sein. Zum einen sind seine Ölvorkommen wesentlich

größer und zum anderen im Vergleich zum teuren Ölsand in Kanada kostengünstiger auszubeuhen. Aber auch mit Blick auf Argentinien und Brasilien ist eher mit einer Intensivierung des Energiehandels als mit einer Trennung zu rechnen. Sollten die USA ihre beabsichtigte scharfe protektionistische Wettbewerbspolitik tatsächlich umsetzen, würden sich neben Mexiko auch diese beiden Länder im Vergleich zu Kanada als günstigere Energiepartner anbieten. Insbesondere Argentinien, das über eines der größten Schiefergasvorkommen weltweit verfügt, könnte dabei nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner aktuellen wirtschaftsfreundlichen Regierung für die USA ein attraktiver Partner, aber auch ein Konkurrent sein.

Die zunehmenden US-Energieexportkapazitäten wirken sich auch auf zahlreiche karibische und zentralamerikanische Staaten, wie Kuba oder Nicaragua, die bis vor kurzem noch von venezolanischem Öl abhängig waren, aus. Venezuela garantierte diesen Staaten im Rahmen seines *Petrocaribe*-Abkommens geringere Ölpreise als auf dem Weltmarkt. Dieser Vorteil hat sich aber mittlerweile überlebt. Eine politisch erodierte OPEC und ein den Weltmarkt mit Öl überschwemmendes Saudi-Arabien haben den Ölpreis derart sinken lassen, dass der unmittelbare Export von Öl und Gas aus den USA nach Zentralamerika und in die Länder der Karibik den *Petrocaribe*-Staaten eine ökonomische und politische Alternative bietet. Venezuela hat die Ölabhängigkeit der *Petrocaribe*-Staaten immer wieder politisch, z.B. im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OSA), genutzt, um seine außenpolitischen Interessen durchzusetzen.

Die lateinamerikanischen Ölstaaten Venezuela, Bolivien, Argentinien, Brasilien und Mexiko begegnen der US-Energieunabhängigkeit durch eine energiepolitische Ausrichtung nach Asien. So stammen heute ca. zehn Prozent der chinesischen und 20 Prozent der indischen Ölimporte aus Lateinamerika. Der größte Energieeinkäufer ist heute China. Die Energiebeziehungen zwischen Lateinamerika und China artikulieren sich über chinesische Direktinvestitionen, Öllieferungen im Tausch für chinesische Kredite

und den klassischen Handel mit Öl, Gas und Kohle. Allein 2015 vergab China 29 Milliarden US-Dollar in Form von Krediten an lateinamerikanische Staaten.⁵ Seit 2005 haben chinesische Banken mit über 141 Milliarden US-Dollar mehr Kredite innerhalb Lateinamerikas vergeben als die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank zusammen.⁶ Weit über die Hälfte davon wiederum ging in den lateinamerikanischen Energiesektor, wobei Venezuela bis dato den größten Anteil erhalten hat.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die neue US-Regierung aufgrund der bereits stattgefundenen und über Märkte antizipierten Energieexportfähigkeit kaum neue Akzente setzen kann. Die US-amerikanische Öl- und Gasbranche ist bereits „entfesselt“. Allerdings hat der dadurch gestiegene Wettbewerb auf dem amerikanischen Kontinent das Potenzial, völlig neue Energiehandelspartnerschaften hervorzubringen, wobei die großen lateinamerikanischen Schwellenländer gegenüber Kanada einen komparativen Kostenvorteil besitzen. Darüber hinaus haben sich zahlreiche lateinamerikanische Energieexporteure nach China ausgerichtet – ein Prozess, den die US-Regierung mit der einseitigen Aufkündigung des transpazifischen Handelsabkommens, das China ausgeschlossen hätte, noch einmal verstärkt. Das ressourcenreiche Lateinamerika wird in Zukunft noch stärker als Energieversorger für China in Erscheinung treten. Die massiven Investitionen Chinas in Lateinamerika trotz der hohen ökonomischen und politischen Risiken, unter anderem in Venezuela und Brasilien, zeigen das eindrucksvoll. Inwieweit China sich die monetären Investitionen politisch auszahlen lässt, bleibt abzuwarten. Lateinamerika ist für China zwar ein wichtiger Ressourcenpartner. Im Vergleich zu anderen Energieexporteuren, vor allem im asiatischen Raum und dem Nahen Osten, nimmt Lateinamerika aber nur eine untergeordnete Rolle ein.

Reichlich Klimapolitik in Lateinamerika

Lateinamerika gehört heute zu den sich am stärksten entwickelnden Energiewenderegionen weltweit. Die großen Schwellenländer Mexiko,

Brasilien und seit kurzem auch Argentinien nehmen dabei eine wichtige Funktion ein. Ihre große Energienachfrage hat den Erneuerbaren Energien, wie Wasserkraft, Biomasse, Wind- und Solarenergie, zum überregionalen Durchbruch verholfen. So setzte sich z.B. der brasilianische Primärenergiemix bereits 2013 neben Gas und Öl zu 28 Prozent aus Biomasse und elf Prozent aus Wasserkraft zusammen. Daneben sind mit Chile, Costa Rica oder Uruguay „echte“ Energiewendestaaten zu beobachten, die mit Erneuerbare-Energien-Anteilen am Strommix von über 80 Prozent aufwarten können.

Die lateinamerikanische Energiewende profitiert dabei von einem besonderen politischen Umfeld. Der Klimawandel wird im globalen Vergleich von den Lateinamerikanern am stärksten als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen,⁷ was angesichts schmelzender Andengletscher, extremer Dürreschübe und zunehmender Extremwetterereignisse, wie Hurrikane, nicht verwundert. In den vergangenen Jahren haben sich daher zahlreiche Staaten, wie Brasilien, Chile, Mexiko, Peru oder auch Costa Rica, durch Initiativen, wie der *Asociación Independiente de Latinoamérica y el Caribe* (AILAC), deren Mitglieder zur Klimafinanzierung aktiv beitragen, progressiv in die multilateralen Klimaverhandlungen eingebracht. Zahlreiche lateinamerikanische Staaten, insbesondere Peru, das mit der COP20 in Lima 2014 den Weg für Paris bereitete, trugen zum Zustandekommen des Klimaschutzabkommens von Paris bei.

Zahlreiche lateinamerikanische Staaten haben begonnen, den Klimaschutz in Form von konkreten Erneuerbare-Energien-Ausbau- und CO₂-Einsparzielen politisch zu verankern. So will Brasilien bis 2023 über 80 Prozent seines Stroms aus Erneuerbaren Energien beziehen und bis 2025 seine CO₂-Emissionen im Vergleich zu 2005 um 37 Prozent verringern. Mexiko will bis 2025 mindestens 25 Prozent seiner CO₂-Emissionen – möglich wären sogar 40 Prozent – in Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung reduzieren. Argentinien hat 2015, unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Präsident Mauricio Macri, dem

Aufbau eines argentinischen Erneuerbaren Energiesektors eine politische Priorität eingeräumt. Bis 2030 sollen damit mindestens 15 Prozent seiner CO₂-Emissionen in Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung reduziert werden; möglich wären sogar 30 Prozent. Die Besonderheit der lateinamerikanischen Energiewende liegt vor allem darin, dass es über hoch kompetitive Ausschreibungen gelungen ist, die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu senken.⁸ Die Erneuerbaren Energien sind dadurch in der reinen Kostenbetrachtung im Vergleich zu fossilen Energieträgern konkurrenzfähig geworden.

US-Klimafinanzierung (un)verzichtbar für Lateinamerika?

An der Umsetzung der politischen Klimaziele in Lateinamerika sind zahlreiche nationale, bilaterale und multilaterale Finanzinstitutionen beteiligt. 2015 mobilisierten diese Einrichtungen knapp 20 Milliarden US-Dollar, die direkt oder indirekt in den Klimaschutz geflossen sind.⁹ Fast 80 Prozent davon sind in die Vermeidung des Klimawandels und damit in die Förderung der lateinamerikanischen Energiewende geflossen. Fast die Hälfte hiervon wurde über nationale Entwicklungsbanken mobilisiert. Allein die brasilianische *Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social* (BNDES) hat dafür ca. neun Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Auf multilaterale Banken, wie die Weltbank, die interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) oder die lateinamerikanische Entwicklungsbank (CAF), entfiel der Großteil der verbleibenden Mittel. Das Hauptfinanzinstrument zur Förderung des Klimaschutzes war die Vergabe vergünstigter Darlehen, wodurch ebenfalls in einem erheblichen Maße private Investitionen ausgelöst wurden.

Neben den Entwicklungsbanken sind die globalen Klimafonds wichtige Finanzinstitutionen. Über sie sollen die multilateral versprochenen Gelder für den Klimaschutz aus den Industriestaaten an Schwellen- und Entwicklungsländer verteilt werden. In Lateinamerika spielen diese Fonds im Vergleich zu den Entwicklungsbanken aus finanzieller Sicht jedoch nur eine vergleichsweise geringe

Rolle. Mit 302 Millionen US-Dollar waren es 2015 gerade einmal 1,5 Prozent des gesamten Klimafinanzvolumens. Allerdings zahlen die USA über ihre internationale Klimafinanzierung unmittelbar in diese Fonds ein, sodass sich ihre etwaige Abkehr von der Klimapolitik dort besonders stark auswirken könnte. Die wichtigsten Klimafonds für die USA mit Blick auf Lateinamerika sind der *Green Climate Funds* (GCF) und der *Clean Technology Funds* (CTF).

Der GCF hat das Ziel, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für den globalen Klimaschutz zu verausgaben. Im Fonds befinden sich gegenwärtig knapp zehn Milliarden US-Dollar.¹⁰ Die USA selbst haben drei Milliarden US-Dollar für den Fonds zugesagt, wovon die Obama-Regierung noch kurz vor Übernahme der neuen US-Administration bereits 500 Millionen US-Dollar eingezahlt hat. In Lateinamerika werden daraus wiederum schon heute Projekte in Argentinien, dem Karibikraum, Ecuador, Chile, Salvador und Peru in den Bereichen Anschubfinanzierung von Erneuerbaren Energien, Förderung von Geothermie, nachhaltige Landnutzung, Solarenergie, Energieeffizienz und Green Bonds gefördert.

Zugleich zahlen aber auch die lateinamerikanischen Staaten Kolumbien, Peru, Panama, Chile und Mexiko in den GCF ein, obwohl ein Teil dieser Staaten selbst Empfänger internationaler Entwicklungshilfe ist. Der CTF setzt hingegen explizit auf die Förderung des Ausbaus von Energieeffizienz- und Erneuerbare-Energien-Kapazitäten. In Lateinamerika stellt er mit Blick auf die kumulierten Mittel gegenwärtig den größten Geber der vergangenen Jahre dar. In Lateinamerika profitiert von diesem Fonds gegenwärtig vor allem Mexiko, das daraus allein zwischen 2003 und 2015 über 820 Millionen US-Dollar erhalten hat.

Neben den Klimafonds fördern die USA in Lateinamerika zahlreiche Klimaschutzprojekte über bilaterale Institutionen, wie ihre eigene Entwicklungsorganisation USAID oder ihre Import-Export-Bank. Darunter befinden sich Projekte in Kolumbien, Mexiko, Peru, Chile und der Karibik. Im Mittelpunkt stehen die Förderung

von sektoralen CO₂-Vermeidungsstrategien im Abfallmanagement, die Unterstützung bei der Erreichung von Klimaschutzzielen, der Aufbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen oder die finanzielle Förderung von Public-private-Partnerships für Energievorhaben, aber auch die Anpassung an den Klimawandel. Der US-Klimaschutz in Lateinamerika erfolgt dabei vor allem durch Rückgriff auf US-Unternehmen und dient auch innenpolitischen Interessen. So fließt ein großer Teil der Klimafinanzierung durch das Engagement von US-Unternehmen wieder zurück in die USA.

Des Weiteren flankieren die USA mit der Klimafinanzierung in Lateinamerika auch sicherheitspolitische Strategien, wie die *Caribbean Energy Security Initiative* (CESI), die den Einsatz von sauberen Energien verfolgt. Die Mitglieder der *Caribbean Community and Common Market* (CARICOM) haben vor diesem Hintergrund sogar die Aufnahme eigener Klimaschutzziele beschlossen. Die USA unterstützen auf dieser Grundlage den Aufbau und die Förderung emissionsarmer Energieversorgungsstrukturen. Der Einsatz von Gas anstelle von Öl nimmt dabei eine große Rolle ein. Eine noch unter der Obama-Regierung angestoßene Initiative, die ebenfalls Gegenstand der US-Klimafinanzierung werden sollte, ist die *North American Climate, Clean Energy and Environment Initiative*. Darin vereinbarten Kanada, die USA und Mexiko, bis 2025 etwa die Hälfte ihrer Energieversorgung aus sauberen Quellen zu beziehen.

Über die eigene bilaterale Klimafinanzierung und den multilateralen Klimafonds haben die USA zwischen 2010 und 2015 insgesamt ca. 3,5 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz in Lateinamerika ausgegeben.¹¹ Ein möglicher Rückzug der USA aus der internationalen Klimapolitik könnte diese Summe senken und sich damit negativ auf die lateinamerikanische Energiewende auswirken. Es kann aber mit Blick auf die wechselseitigen Abhängigkeiten bei den bilateralen Klimaprojekten davon ausgegangen werden, dass die USA sich zunächst nur aus den multilateralen Klimafonds zurückziehen würden, deren Summe im Vergleich zu den Aktivitäten der regionalen und

nationalen Entwicklungsbanken relativ gering ist. Die Auswirkungen wären deshalb überschaubar, auch wenn Mexiko, das sehr stark von diesen Mitteln profitiert, stärker betroffen sein würde. Schwerwiegender würde es Lateinamerika treffen, wenn auch die bilaterale Zusammenarbeit eingeschränkt würde und sich der „ökonomische Nationalismus“ beispielsweise in Form von Zöllen auch auf die Finanzförderung auswirken würde. Inwieweit das geschehen wird, bleibt jedoch abzuwarten, die USA haben nämlich in den vergangenen Jahren vitale privatwirtschaftliche Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien vor allem in Mexiko und Brasilien getätigt.

Hier schließt sich dann auch die Frage an, durch wen eine mögliche US-Klimafinanzierungslücke in Lateinamerika geschlossen werden könnte. Schon im Bereich der fossilen Energieträger hat sich China für Lateinamerika als Alternative zu den USA angeboten. Ähnliches lässt sich auch schon des Längeren im Erneuerbare-Energien-Sektor beobachten. Allerdings ist China keine Klimafinanzierungsgebernation. Dessen ungeachtet investiert es intensiv in den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Lateinamerika. So hat es bei Ausschreibungen für Wind- und Photovoltaik-Projekten in Mexiko, Argentinien, Peru und Chile in den vergangenen Jahren mit starker Unterstützung seiner eigenen Entwicklungsbanken viele Bewerber aus Europa und den USA ausgestochen. Die USA führen heute zwar immer noch die *Foreign Direct Investment*-Liste Lateinamerikas an. Aber die Chinesen holen auf. Beim Export von Windkraftanlagen beispielsweise lagen sie 2015 nur noch knapp hinter den USA. China hat sich dabei im Vergleich zu den USA, die fast ausschließlich nach Brasilien und Mexiko exportieren, auch wesentlich breiter aufgestellt. Die wichtigsten Länder für den Export von chinesischen Windkraftanlagen in Lateinamerika sind heute Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile und Mexiko.

Auf der anderen Seite könnten auch europäische Staaten und die Europäische Union (EU) über bilaterale Kooperationen verstärkt aktiv werden. Schon heute sind Deutschland, Norwegen und Großbritannien die führenden Klimafinanzgeber

in der Region – ein Umstand, der durch die erneute Annäherung der großen Schwellenländer Brasilien und Argentinien an die EU im Rahmen des MERCOSUR einen positiven politischen Rahmen erhalten könnte. Auch Mexiko versucht gegenwärtig, aufgrund der angespannten politischen Beziehungen zu den USA ein Freihandelsabkommen mit Europa zu beschleunigen.

Der schwer zu quantifizierende negative Effekt eines etwaigen US-Rückzugs aus dem globalen Klimaschutz könnte eine politische Signalwirkung auf Lateinamerika sein. Zahlreiche lateinamerikanische Länder befinden sich gegenwärtig in einer politisch besonders angespannten Situation, die das Vertrauen in die Politik belastet. So gehen die Energiereformen in Mexiko und Argentinien nicht geräuschlos über die Bühne. In beiden Ländern stiegen aufgrund des Abbaus der Subventionen für fossile Energieträger die Energiepreise. Öffentliche Proteste, die zum Teil in erheblicher Gewalt endeten, waren die Folge. Der „Odebrecht-Skandal“, der neben großen Infrastrukturprojekten auch großflächige Energieversorgungssysteme, wie Gas- und Öl-Pipelines, betrifft, erschüttert mittlerweile den Kontinent. In Brasilien sind angesichts der zahlreichen Korruptionsskandale in der Energiebranche das Vertrauen in die Politik, aber auch das Vertrauen in die Umweltbehörden – beispielsweise mit Blick auf die katastrophalen Folgen der Giftschlammwelle in Folge des Bruchs eines Klärschlammbeckens im Bundesstaat Minas Gerais – letztes Jahr an einem Tiefpunkt angelangt. Die Abkehr eines politisch so wichtigen Akteurs wie der USA aus der globalen Klimapolitik könnte die ohnehin bestehende Unsicherheit weiter beflügeln und den Reformwillen hemmen.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Klimafinanzverflechtungen zwischen den USA und Lateinamerika im Vergleich zu den Finanzkapazitäten der regionalen Entwicklungsbanken marginal sind. Eine Reduktion des US-Finanzengagements in der multilateralen Klimapolitik hätte somit nur begrenzte Auswirkungen. Eine Einschränkung der bilateralen Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien würde hingegen den USA selbst schaden und ist somit nicht

absehbar. Außerdem könnte und würde eine US-Klimafinanzlücke durch China und Europa vermutlich gedeckt werden. Lediglich die politische Signalwirkung eines US-Klimafinanzrückzugs könnte sich hemmend auf den Willen zu Energiereformen in Lateinamerika auswirken.

Möglicherweise viel Lärm um nichts

Trotz heftigster Wahlkampfrhetorik und öffentlicher Bedenken angesichts der neuen Personalien in der US-Energie- und Klimapolitik zeigt sich, dass in der absehbaren Energie- und Klimapolitik zwischen den USA und Lateinamerika keine gravierenden Erschütterungen zu erwarten sind. So wurde die wachsende US-Energieexportfähigkeit in Lateinamerika bereits marktwirtschaftlich, unter anderem durch eine stärkere Chinafokussierung, eingepreist. Eine „Entfesselung“ der US-Ölbranche könnte somit kaum noch politische Ad-hoc-Eruptionen auslösen. Auch die beabsichtigte Abkehr der USA von der multilateralen Klimapolitik kann sich vor dem Hintergrund ihrer geringen klimafinanzpolitischen Bedeutung in Lateinamerika und der wechselseitigen Abhängigkeiten nur geringfügig auswirken. China hat sich auch hier bereits in Stellung gebracht, um eine etwaige Klimafinanzlücke über Investitionen auszugleichen. Allerdings könnte die Signalwirkung in einer Zeit, in der das Vertrauen der Lateinamerikaner in ihre Politik durch massive Korruptionsskandale erschüttert ist, negative Auswirkungen auf den Energiewendewillen in der Region haben. Für die Zukunft ist wohl zu erwarten, dass die neue US-Administration mit ihren bisherigen Überlegungen zur US-Energie- und Klimapolitik Lateinamerika weiter in Richtung China drängt. Europa könnte und sollte dies als Chance begreifen und sich stärker in der Klima- und Energiewendepolitik als alternativer Partner einbringen.

Dr. Christian Hübner ist Leiter des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 U.S. Energy Information Administration 2017: Oil Imports and Exports, in: <http://bit.ly/2qy1wf4> [03.04.2017].
- 2 U.S. Energy Information Administration 2016: How much petroleum does the United States import and export?, in: <http://bit.ly/1yS24N2> [03.04.2017].
- 3 Vgl. Chu, Ben 2017: What is Steve Bannon's 'economic nationalism'? And should we be scared?, The Independent, 24.02.2017, in: <http://ind.pn/2lS2umX> [03.04.2017].
- 4 U.S. Energy Information Administration 2017: Monthly Energy Review February 2017, Abb. 1.5 „Merchandise Trade Value“, S.12, in: <http://bit.ly/2pxs168> [03.04.2017].
- 5 Vgl. Gallagher, Kevin P. / Margaret Myers 2016: China-Latin America Finance Database, Washington: Inter-American Dialogue, in: http://thedialogue.org/map_list [03.04.2017].
- 6 Ebd.
- 7 Vgl. Stokes, Bruce / Wike, Richard / Carle, Jill 2015: Global Concern about Climate Change, Broad Support for Limiting Emissions, Pew Research Center, 05.11.2015, in: <http://pewrsr.ch/1Mm4DO3> [03.04.2017].
- 8 Vgl. Nagendran, Sushma Udipi 2017: 4 Charts Explaining Latin America's Impending Solar Boom, Greentech Media, 10.03.2017, in: <http://bit.ly/2mOjqIW> [03.04.2017].
- 9 Vgl. Samaniego, Joseluis / Schneider, Heloisa 2017: Financiamiento para el cambio climático en América Latina y el Caribe en 2015, Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), 02/2017, in: <http://repositorio.cepal.org/handle/11362/41010> [03.04.2017].
- 10 Vgl. Green Climate Fund (GCF) 2017: in: <http://greenclimate.fund> [03.04.2017].
- 11 Vgl. Thwaites, Joe 2017: US Climate Finance: A Great Deal for the Nation and the World, World Resources Institute, 16.02.2017, in: <https://shar.es/1fIX44> [03.04.2017].